

NetzwerkGrundeinkommen

Presseinformation

vom 10. Mai 2005

FDP verkauft ein verkapptes Kombilohn-Modell als „Liberales Bürgergeld“

Bei dem am Wochenende auf dem FDP-Bundesparteitag beschlossenen Liberalen Bürgergeld handelt es sich nach Auffassung des Netzwerks Grundeinkommen in Wirklichkeit um ein verkapptes Kombilohn-Modell. Im Gegensatz zu einem echten Bürgergeld, das einen individuellen Rechtsanspruch auf eine existenzsichernde Grundversorgung jenseits der Erwerbsarbeit beinhalten müsse, stelle der FDP-Vorschlag lediglich eine Bündelung bereits heute bestehenden Transferleistungen wie z.B. ALG II, Kindergeld, Wohngeld und BAFöG dar, erklärte Günter Sölken, Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen. Nach den Vorstellungen der FDP soll dieser staatliche „Universaltransfer“ – wie bei Harz IV - nur bei nachgewiesener Bedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft gewährt werden. Und wie beim ALG II soll die Weigerung zur Annahme von Billiglohnjobs eine Kürzung der Lebensunterhaltspauschale von 30 % zur Folge haben. Sölken erklärte:

„Das Positive vorab: Das ist zum einen die Zusammenfassung diverser Transferleistungen zu einem Gesamttransfer, der nur einmal beantragt und bearbeitet werden muss. Dies ist ein Schritt zur Entbürokratisierung, von dem auch die Leistungsempfänger profitieren werden. Zum anderen ist auch die Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten zum ALG II ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg ist aber bereits in diversen Kombilohn-Modellen vorgezeichnet worden und nicht neu. Insoweit handelt es sich arbeitsmarktpolitisch bei dem FDP-Vorschlag in erster Linie um ein Kombilohn-Modell, dessen Besonderheit ist, mit allen weiteren, bedürftigkeitsgeprüften Transferleistungen in einer zusammengefasst zu werden

Wie andere Kombilohn-Modelle zielt auch der FDP-Vorschlag auf einen staatlich subventionierten Niedriglohnbereich ab. Diese eigentliche Zielrichtung auch wird an den ergänzenden Forderungen der FDP, z.B. nach einer „Flexibilisierung des Tarifrechts und der Öffnung der Tarife nach unten“, der Abschaffung von Flächentarifverträgen und einer Lockerung des Kündigungsschutzes deutlich. Dieser Vorschlag der FDP hat mit einem echten Bürgergeld, unter dem man heute ein individuelles, bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen jenseits der Erwerbsarbeit versteht, kaum etwas zu tun.

Ausgangspunkt der Forderung nach einem solchen Bürgergeld ist die Diagnose, dass im Zuge der technologischen Entwicklung weltweit und mit zunehmender Geschwindigkeit immer mehr menschliche Erwerbsarbeit entfällt und die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung zur Illusion wird. Mittelfristig wird deshalb an der Einführung eines Bürgergeldes, das im Sinne eine Bedingungslosen Grundeinkommens eine gesellschaftliche Teilhabe auch jenseits der Erwerbsarbeit ermöglicht, kein Weg vorbeiführen. Die FDP hat mit dem Vorschlag für ein Liberales Bürgergeld zwar einen zunehmend wichtigen Begriff auf die Agenda der Politik gebracht, es aber leider versäumt, ihn mit den richtigen Inhalten zu füllen.“

Weitere Informationen: www.grundeinkommen.de / V.i.S.P.: Günter Sölken, Berliner Straße 92, 13189 Berlin; mailto: Guenter.Soelken@gmx.de